

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Peter Pilz, Freundinnen und Freunde

## **betreffend Schadenersatzforderungen der Republik gegen Eurofighter**

eingbracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1910 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2013 (Bundesfinanzgesetz 2013 - BFG 2013) samt Anlagen, UG 14

### ***BEGRÜNDUNG***

Die Staatsanwaltschaft Wien führt derzeit intensive Ermittlungen wegen des Verdachts von Korruption und Schmiergeldzahlungen in Zusammenhang mit dem Kauf der Kampfflugzeuge Eurofighter. In den vergangenen Wochen ist es dabei zu einer Reihe von Hausdurchsuchungen gekommen.

Es verdichten sich die Hinweise, dass seitens EADS bzw. des Eurofighter-Konsortiums Millionenzahlungen ohne wirtschaftlich nachvollziehbaren Hintergrund über eine Reihe von Briefkastenfirmen in Steueroasen an Entscheidungsträger geflossen sind.

Als Folge dieser mutmaßlichen Bestechungsvorgänge kommt eine Vertragsauflösung auf Basis der Bestimmungen des Kaufvertrags über die „Verhaltensregeln“ in dessen Anhang A-8 in Betracht.

In der Ausgabe des „Wirtschaftsblatts“ vom 12.11.2012 wurde auf die Möglichkeit, dass durch die Republik Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden könnten, hingewiesen. Dabei droht allerdings innerhalb von drei Jahren ab Kenntnis des Schädigers und des Schadens die Verjährung einzutreten.

Mögliche Schäden und Schädiger sind auch dem BMLS durch Medienberichte, parlamentarische Anfragen und Debatten in den Fällen „EADS-D/Rumpold – 100 %-Communications“, „British Aerospace/Mensdorff-Pouilly – Valurex“ und „EADS-D/Vector Aerospace“ seit geraumer Zeit bekannt. Daher besteht in unterschiedlichem Ausmaß die Gefahr möglicher Verjährungen von Ansprüchen seitens der Republik Österreich.

Ein Rechtsexperte empfahl für den Bund im zitierten Bericht des „Wirtschaftsblatts“ daher den Anschluss als Privatbeteiligter im Strafverfahren.

Ein derartiger Anschluss kann die Verjährung nach § 1497 ABGB unterbrechen (2Ob180/00k; 2Ob271/00t; 2Ob186/01v), verursacht selbst aber noch keine Kosten.

Um möglichen Schaden durch drohende Verjährungen hintanzuhalten stellen die unterfertigenden Abgeordneten daher folgenden

## ENTSCHLISSUNGSANTRAG

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung, und zwar insbesondere der Bundesminister für Landesverteidigung und Sport und die Bundesministerin für Finanzen (Finanzprokurator) wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass sich der Bund als Geschädigter dem Strafverfahren wegen des Verdachts von Bestechung und anderen Delikten im Zusammenhang mit dem Kauf der Eurofighter Typhoon-Kampfflugzeuge als Privatbeteiligter anschließt.“

  
Z. 11





